

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 40 (1993)
Heft: 10

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Michael Stürmer:
«Die Sicherheit
Europas ist heute
echt bedroht.»

FOTO: RM-INFO, PULLY

Gesellschaft für Aussenpolitik, Raymond Probst, der unter anderem darauf hinweist, dass die Neutralität der Schweiz in Zukunft nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden könnte. Der Vertreter des EDA, Botschafter Hoffmann, verfocht dabei die These, dass sich Neutralität und Öffnung der Schweiz miteinander vereinbaren lassen und beurteilt die Teilnahme unseres Landes an friedenserhaltenden Aktionen der Uno und der KSZE als neutralitätspolitisch unbedenklich und im nationalen Interesse der Schweiz liegend. Wie der Berichterstatter der Arbeitsgruppe II, Professor Spillmann (ETH Zürich), ausführte, waren sich die Teilnehmer dieser Gruppe einig, dass die Friedensförderung im Interesse unseres Landes liegt und die Teilnahme an Blauhelm-Aktionen eine sinnvolle Weiterentwicklung der immer weniger gefragten guten Dienste darstellt. Die zukünftigen Bedrohungen sind nach Ansicht von Spillmann immer mehr grenzüberschreitender Natur, weshalb sich die Schweiz im eigenen Interesse an den Integrationsbestrebungen beteiligen sollte.

Auch die Leiterin des Workshops zum Thema «Katastrophenhilfe», Christiane Langenberger (Präsidentin des Zivilschutzverbandes VD), unterstrich, dass sich Natur- und Zivilisationskatastrophen nicht an Landesgrenzen zu halten pflegen; internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation sei deshalb gefragt. Zwar verfüge die Schweiz als Folge der Katastrophe von Tschernobyl über ein sehr gutes Alarmsystem, doch viele Vorkehrungen zur Katastrophenbewältigung existierten nach wie vor nur auf dem Papier und könnten aus Geldmangel nicht in grossen Übungen getestet werden. Langenberger befürchtet deshalb einen Verlust an wertvollem Know-how und kritisierte, dass die Erfahrungen des SKH aus Auslandeinsätzen von der Verwaltung zu-

wenig ausgeschöpft würden. Weiter fordert Langenberger eine Vereinheitlichung sowohl der Regeln als auch des Materials nicht nur zwischen den einzelnen Kantonen, sondern auch zwischen den verschiedenen Staaten. Zudem müsse die Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und dem Zivilschutz vermehrt geschult werden. Zum Blauhelm-Referendum merkte sie maliziös an, dass eine Ablehnung der Vorlage die Isolation der Schweiz ad absurdum führen würde.

Interessiert sich das Ausland noch für unsere Neutralität?

Kurt Moser (Direktor des SHIV) forderte, dass die Aussenwirtschaftspolitik angesichts der grossen Exportabhängigkeit unseres Landes danach trachten sollte, den international tätigen Unternehmen politische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Weiter wies Moser darauf hin, dass sich die heutige Lage der Schweiz nur durch wirtschaftliche Integration verbessern lasse. Da die Wirtschaft den Versorgungsauftrag effizient und kostengünstig erfüllen kann, soll sich der Staat nach Ansicht von Moser darauf beschränken, hier Rahmenbedingungen zu setzen und Schiedsrichter zu spielen. Die Berichterstatterin der Arbeitsgruppe V, Kantonsrätin Fierz (Zürich), wies darauf hin, dass Migrationsprobleme nur international gelöst werden könnten und dass die Entscheidungen eines Landes, wie die Reform des deutschen Asylrechts, auch andere Staaten beeinflussten (so durch einen höheren Zustrom von Asylanten in die Schweiz). Die Zunahme von Kriminalität und Migration zwingen nach Ansicht von Fierz zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Polizeibereich, wenn die innere Sicherheit aufrechterhalten werden soll. Allerdings ist die Schweiz hier isoliert, weil sie nicht Mit-

glied des Dubliner oder des Schengener Abkommens werden kann.

In der abschliessenden Diskussion wies Däniker darauf hin, dass die Konsequenzen der strategischen Wende noch nicht gänzlich ausgelotet worden seien. Die Schweiz sei zwar mit dem Sicherheitsbericht 90 vorangegangen, das Volk tue sich aber damit schwer, den Platz unseres Landes in einem veränderten Europa zu definieren. Weiter kritisierte Däniker die Haltung der Referenten, die wenigstens Teile der schweizerischen Neutralität bewahren wollten, als helvozentrisch, denn im Ausland krähe kein Hahn mehr nach der Neutralität, und diese schütze uns auch nicht vor neuartigen Bedrohungen. Unser Land sei jedoch in einer bequemen Lage, weil es sich nicht sofort entscheiden müsse. Weil die herkömmliche Abschreckung nicht mehr funktioniert, ist nach Ansicht von Däniker der Übergang zu einer Projektion von Stabilität nötig. Das gilt natürlich nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Westeuropa und die USA. Die Strategie der Zukunft muss deshalb umfassend sein und auch die Wirtschaft und die innere Sicherheit einschliessen; in dieser Beziehung befindet sich die Schweiz mit der Konzeption der Gesamtverteidigung auf dem richtigen Weg. □

**Insérat interessieren die
Behörde in Bund, Kantonen
und Gemeinden.**

ZIVILSCHUTZ